

2
 p.B.15.41.Isr. (3) - GUL/HX

Bern, 25. Juni 1987

Gesprächsnotiz

Sa 30. Juni 87 15

**Besuch von Jossi BEILIN,
 "Directeur général des Affaires étrangères"
 im Israelischen Aussenministerium in Bern:**

- Gespräche und Mittagessen mit Staatssekretär Brunner am 15.6.
- Höflichkeitsbesuch bei Bundespräsident Aubert am 16.6.

Israelische Delegation:

J. Beilin; David Rivlin (Botschafter in Bern); Yigal Antebi (Botschaftsrat in Bern); Shimon Stein (Assistent von Beilin)

Schweizerische Delegation:

15. Juni: Botschafter Rüegg, Botschafter Ramseyer, St. Speck, T. Guldemann

16. Juni: Botschafter Rüegg, J. de Watteville, T. Guldemann

-
1. Zentrales Gesprächsthema war die **Internationale Konferenz (IK)**, über deren Einberufung BEILIN eine sehr optimistische Einschätzung darlegte. Anfangs April 1987 ist nach zweijährigen Verhandlungen dank amerikanischer Vermittlung eine Vereinbarung zwischen Israel, Jordanien und den USA über die Bedingungen, unter denen eine IK einberufen werden soll, zustande gekommen. Die treibende Kraft hinter dem Plan sei König Hussein, während Israel, d.h. Shimon Peres die IK als einzig möglichen Weg für eine friedliche Lösung akzeptiere und sich sowohl gegenüber Washington als auch gegenüber der innenpolitischen Opposition für deren Durchführung einsetze.
 2. **Modalitäten der IK:** Auf Gesuch der beteiligten Parteien wird der UN-Generalsekretär die fünf permanenten Mitglieder des Sicherheitsrates (SR) sowie die am Konflikt beteiligten Parteien zu einer Konferenz einladen, die den arabisch-israelischen Konflikt und das Palästinenserproblem behandeln soll und möglicherweise in Genf stattfinden wird. König Hussein habe auf die Schirmherrschaft der UNO und auf die Beteiligung der fünf permanenten SR-Mitglieder insistiert, um zu vermeiden, dass eine Friedenslösung allein von den beiden Supermächten ausgehandelt würde. Die IK soll als Rahmen ("formal umbrella") für die bilateralen Kontakte zwischen den Konfliktparteien in bilateralen "geographischen Komitees" dienen. Die Funktion der IK liegt damit in erster Linie darin, diese bilateralen Kontakte in Gang zu bringen und abzusegnet, ohne auf deren Arbeit einen direkten Einfluss auszuüben, noch den Konfliktparteien eine Lösung aufzwingen zu können. Die bilateralen Komitees sind der IK gegenüber nicht zur Rechenschaft verpflichtet; bilateral getroffene Vereinbarungen bedürfen für ihre Wirksamkeit nicht der Zustimmung der IK. Eine spätere Wiedereinberufung der IK könne lediglich durch Konsens der Beteiligten erfolgen und ist nicht Bedingung für die Realisierung einer Friedenslösung.

3. **Teilnahmebedingungen und die arabische Beteiligung an der IK:** Bedingung für die Teilnahme an der IK ist die Anerkennung der UNO-Beschlüsse 242 und 338 sowie die offizielle Ablehnung von Gewalt und Terror durch jeden Teilnehmer. Auf die Frage der arabischen Teilnahme ist Beilin nicht näher eingegangen, er erwähnte lediglich drei oder vier arabische Teilnehmer und nannte beiläufig Jordanien, Syrien und Libanon (sowie nach den Gesprächen gegenüber der Presse Aegypten). In der erwähnten Vereinbarung sei nichts über die Beteiligung der PLO ausgesagt, die PLO könne jedoch unter den genannten Bedingungen wohl nicht teilnehmen. Hussein wird mit dem Argument, Israel sei bereit, mit Palästinensern zu verhandeln, Palästinenser suchen müssen, die diese Bedingungen akzeptieren, während Peres seine Position aufrecht erhalten kann, nicht mit der PLO zu verhandeln. In den besetzten Gebieten sei eine kritische Haltung gegen die PLO und deren Beschlüsse von Algier festzustellen. Eine Beteiligung gemässigter Palästinenser in einer gemeinsamen Delegation mit Jordanien sei deshalb möglich. Die Syrer haben in ihren Reaktionen gegenüber Amman auf die getroffene Vereinbarung eine wohlwollende Zurückhaltung geübt, möglicherweise würden sie in einer späteren Phase an der IK teilnehmen. Den Einwand BRES, die arabischen Führer stehen von Seiten der innenpolitischen Opposition gegen eine friedliche Lösung unter Druck, entgegnete Beilin mit dem Hinweis, dass die Folgen des Zusammentreffens Hassan II. mit Peres diesen Einwand nicht bestätigen, und dass die gemäßigten Kräfte im Mittleren Osten gemeinsam mit Israel eine Front gegen die durch Iran und die radikalen Kräfte heraufbeschworenen Gefahren bilden könnten.

4. Die übrigen Teilnehmer der IK:

- In den **USA** - von wo Beilin nach Bern gekommen ist - habe er von Seiten des State Departements eine klare Unterstützung für die IK unter der vereinbarten Bedingungen erhalten, während des NSC sich dafür ausgesprochen habe, dass vor der Einberufung der IK der Inhalt der Verhandlungen festgelegt werden sollte. Die USA seien der Hauptverbündete Israels in der IK; sie garantieren, dass die IK Israel keine Lösung aufzwingen könne.
- **Sowjetunion:** Israel stellt an die sowjetische Beteiligung an der IK zwei Bedingungen: erstens eine substantielle Erleichterung der Auswanderungsmöglichkeiten sowjetischer Juden, zweitens die Aufnahme diplomatischer Beziehungen. Ca. 12'000 sowjetische Juden haben einen Ausreiseantrag gestellt, die Zahl der Auswanderungswilligen sei jedoch grösser, Beilin rechnet mit einem "Reservoir" von mehreren Hunderttausenden. Während Israel gegenüber den andern Ostblockstaaten eine Verbesserung der Beziehungen auch unterhalb des Niveaus diplomatischer Beziehungen anstrebt (in Ungarn erfolgreich; mit Schwierigkeiten gegenüber Polen; ohne Resultate in Bulgarien), ist eine Verbesserung der Beziehungen mit Moskau nur über die Wiederherstellung voller diplomatischer Beziehungen möglich. Die sowjetische Konsularmission, die für Abklärungen bezüglich des Eigentums der russischen Kirche nach Israel kam, brachte keine Fortschritte. Trotzdem gibt es gute Anzeichen in der sowjetischen Haltung gegenüber einer Beteiligung an der IK, obwohl es schwierig sein dürfte, Moskau zu einer kurzfristigen Zusage zu bewegen. Das Treffen Murphys mit Poljakow sowie die Kontakte Shultz' mit Shewardnadse im Juli werden Klarheit über die sowjetische Haltung schaffen. Verweigert Moskau eine Beteiligung an der IK, dann - so Beilin gegenüber CFA - dürfte der Druck in der israelischen Öffentlichkeit Peres zu einem Rückzug der Arbeiterpartei aus der Regierung veranlassen.

BRE: In der sowjetischen Aussenpolitik unter Gorbatschew lässt sich im Nahen Osten wie in andern Konfliktzonen die Bestrebung feststellen, im gleichen Rang wie die USA präsent zu sein, ohne dafür eine militärische Rolle zu spielen und finanzielle Mittel aufzuwenden.

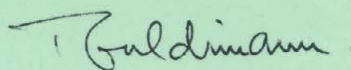
- **China:** Eine Zusage zur IK seitens der Sowjetunion wird dazu führen, dass China die israelische Bedingung der Aufnahme diplomatischer Beziehungen für eine Beteiligung an der IK erfüllen wird.
 - Die Frage **weiterer Teilnehmer:** König Hussein wolle den Teilnehmerkreis auf die fünf permanenten SR-Mitglieder und die am Konflikt beteiligten Parteien beschränken. Falls jedoch eine zur IK parallele Konferenz über Regionalfragen einberufen werden kann, könnten auch die Arabische Liga und die EG in die Verhandlungen einbezogen werden.
5. **Die IK und die israelische Innenpolitik:** Die Ausführungen Beilins haben den Eindruck bestätigt, dass die IK immer mehr zu einer Frage der israelischen Innenpolitik geworden ist. Für die Ueberwindung der Opposition gegen die IK gibt es drei Möglichkeiten: Erstens könnte sich das Kabinett zu einem positiven Entscheid durchbringen. (Bisher sei aufgrund der fünf-gegen-fünf Fronten auf eine Abstimmung verzichtet worden). Zweitens könnten im Herbst vorgezogene Parlamentswahlen mit dem Wahlthema IK durchgeführt werden. Die dritte Möglichkeit besteht in der Durchführung eines Plebiszits über die IK, wofür jedoch von der Knesset ein entsprechendes Gesetz verabschiedet werden müsse. (Mit der Erwähnung der UNO-Abstimmung weist BRE auf die Schwierigkeiten mit Volksbefragungen für aussenpolitische Probleme hin) - In jedem Fall entscheide sich diese Frage bis zum Ende der Sommersession der Knesset am 6. August. Eine Unterstützung für die IK sei sowohl generell von der öffentlichen Meinung und der "politischen Arena" in Israel als auch von einigen religiösen Splitterparteien und den arabischen Knessetmitgliedern zu erwarten. Von grosser Bedeutung für diese Diskussion ist die Haltung der Sowjetunion.
6. **Zeithorizont und mögliche Resultate der IK:** In der optimistischen Einschätzung Beilins könnte die IK schon in den nächsten sechs Monaten, möglichst jedoch vor Anfangs 1988 einberufen werden. Die amerikanischen Wahlen würde sie sonst bis 1990 hinausschieben. Als Resultat der IK könnte sich Beilin "persönlich" einen Friedensprozess in zwei Phasen vorstellen: Während einer fünf Jahre dauernden ersten Phase könnte in den besetzten Gebieten die Autonomie realisiert werden, unter Umständen liesse sich auch ein gemeinsamer israelisch-palästinensisch-jordanischer Markt errichten. Die Erfahrungen mit dieser ersten Phase würden dann eine solide Grundlage für eine permanente Friedenslösung danach schaffen.
7. **Bundesrat Aubert** weist auf die grossen Gefahren einer anhaltend blockierten Situation im Nah-Ost-Konflikt insbesondere hinsichtlich der langfristigen Auswirkungen für die Zukunft Israels in den nächsten 20 Jahren und danach hin und sprach sich für die von Peres angestrebte Oeffnung zum Dialog mit den Arabern aus. Die Erfahrungen in den Verhandlungen über TABA zeigen, wieviel Geduld in einem solchen Dialog aufgebracht werden muss, um zu konkreten Resultaten zu gelangen.

- 4 -

8. **Staatssekretär Brunner:** Die für die IK vorgesehene Form einer Schirmherrschaft der UNO und der fünf permanenten SR-Mitgliedern stellt einen neuen Konferenztyp dar, dessen Rahmenbedingungen und Prozedurfragen noch nicht geklärt sind, jedoch geklärt werden müssten, um zu verhindern, dass die Konferenz durch ihre Eigendynamik zu Resultaten führt, die nicht im Interesse Israels liegen. Die aktuelle Diskussion erweckt den Eindruck, dass die IK als Allheilmittel zum Selbstzweck wird, als ob von ihr eine automatische Friedenslösung zu erwarten wäre. Da der Druck zur Einberufung der IK von Seiten der Gegner Israels kommt, stellt sich die Frage, welcher Preis diese für die Durchführung der IK bereit sind zu bezahlen.
9. **Weitere Gesprächsthemen:** Beilin dankte für die guten Dienste der Schweiz für die bei der Vertretung der israelischen Interessen in Ungarn und in Afrika sowie für die Unterstützung der israelischen Auswanderungsbegehren gegenüber der Sowjetunion.

Ferner wurden im Gespräch mit BRE noch folgende Themen kurz behandelt: Südafrika, Gipfeltreffen in Venedig, Abrüstung der Mittelstreckenraketen und die innenpolitische Lage in den USA im Hinblick auf die Wahlen von 1988.

Beim Mittagessen erläuterte Botschafter Rivlin als Beispiel für die anhaltenden Probleme des arabischen Boykotts und der dadurch verursachten Zurückhaltung schweizerischer Firmen den Fall eines aus 12 schweizerischen Firmen bestehende Konsortiums, das sich im Hinblick auf die Realisierung eines grossen Versuchsprojekts für Sonnenenergie (Projektsumme 150 Mio. US-\$) gegen Israel als Realisierungsort ausgesprochen habe, obwohl Israel gegenüber den andern Kandidaten Indien und Saudiarabien über bessere Voraussetzungen verfügt hätte.



T. Guldemann

- Kopie: - CFA
 - BRE
 - RUE
 - Pol. Sekretariat
 - Konsularischer Schutz (siehe Schluss)
 - Schweiz. Botschaft in: Tel Aviv, Kairo, Beirut, Damaskus, Amman, Riad, Tunis, Algier, Rabat, Washington
 - Mission in New York

Se 30. Juni 87 15